

# Überschlesische Zeitung

Sonntagnummer 800 M.

Das Volksblatt für Stadt und Land

Einzelnummer 700 M.

Ersteilung monatlich, Bezugspreis freibleibend. Ausgabe A mit illustrierter Beilage monatlich 15000 Mark. Ausgabe B ohne illustrierte Beilage monatlich 15000 Mark. In der Zeitung 8 B. B. Anzeigen: Die sechsblättrige Nummer kostet 10000 Mark. Der Restbetrag übersteigt 15000 Mark. Neufachsteilung 30000 Mark.

Redaktions-Gericht  
Zustellen 459

Pro fide  
et patria

Geschäftsstellen-Gericht  
Zustellen 56

Redaktion und Geschäftsstelle: Zentrale O. O., Postfach 9, 1. Jahrgang  
erscheint im Falle des Todes, herbeigeführt durch Unfall vom Verleger, eine Unternehmung  
die zum Betrage von 300.- Mark. Ein Rechtsanspruch darauf besteht nicht.

## Belgien für wohlwollende Erwägung der englischen Vorschläge.

### Neueste Nachrichten.

Die sozialdemokratischen Berliner Stadtbewohner haben folgende Anfrage an den Magistrat gerichtet: Wir fragen den Magistrat, ob er bereit ist, mit äußerster Beschleunigung mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten, um diese zu veranlassen, gegenüber der von Stunde zu Stunde sich verschärfenden Notlage der Berliner Bevölkerung die notwendigen Wohlfahrtsmaßnahmen zu ergreifen.

Die vereinigte sozialdemokratische Partei hat mit dem von den Kommunisten auf den 29. Juli angelegten Antifaschistentag nichts zu tun. Unangenehmlich finden innerhalb der preussischen Regierung Versprechungen darüber statt, ob der von den kommunistischen Partei verbundene Antifaschistentag am 29. Juli im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung für ganz Preußen verboten werden soll.

Die Franzosen befehlen die Hohen-Schwarz und Westhofen in der Front nach Schwerte. Sie bauen Schützengraben, bombensichere Unterstände, feste Brückenköpfe und bauen die Mäure mit Stacheldraht ab und haben das Belagerungsgelände, das die Schützengraben abgrenzen und Umgebung zurückgezogen werden soll.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes gegen die angelegte Prinzessin von Hohenlohe-Bedingen lautet auf 6 Monate Gefängnis wegen Verletzung des Hochverrats und in Tateinheit mit Wehrverbrechen.

In Verfolg der Erörterungen Poincares mit seinen Ministern über den Entwurf des englischen Antwortschreibens an Deutschland, ist ein Memorandum an Belgien abgehandelt worden in dem die französische Auffassung niedergelegt wird. Am heutigen Samstag hat Poincare seinen Kollegen seine Entscheidung mitgeteilt.

### Diktator Mussolini.

Paris, 25. Juli. Der Petit Parisien meldet aus Rom, daß Mussolini entschlossen sei, die scharfen Zensurverordnungen für die italienische Presse einer Wiederrückung zu unterziehen.

Paris, 25. Juli. Der Matin berichtet, daß die italienischen Generalen im kommenden Frühjahr stattfinden. Mussolini und die italienischen Minister werden in diesem Jahre keine Ferien nehmen.

### Der „ausgezeichnete“ Degoutte.

Paris, 25. Juli. Der Kriegsminister Maginot wird am heutigen Mittwoch in Düsseldorf dem General Degoutte die Insignien zum Großkreuz der Ehrenlegion überreichen.

Paris, 25. Juli. St. Laurent ist heute nach London auf seinen Posten zurückgekehrt.

### Warum wird der Prozeß verschleppt?

Nach einer Wänterermelung ist der Prozeß gegen den Berliner Journalisten Walter Döhme, der beschuldigt ist, das Interesse des Reichs schädigende Nachrichten an ausländische und deutsche Zeitungen weitergegeben zu haben, auf den 1. Oktober vor dem Reichsgericht in Leipzig anberaumt. Döhme hat gegen diesen Termin durch seinen Rechtsanwalt protestieren und mitteilen lassen, daß er in den Hungerstreik treten werde, falls bis zum 31. Juli der Prozeß nicht eröffnet sein wird. (Die Verschleppung des Prozesses ist entschieden zu rügen. D. Red.)

### Der Kampf um die wertbeständigen Löhne.

In der Reichsgemeinschaft für den deutschen Wertbau begannen heute vormittag in kleineren Kommissionen die Verhandlungen über die Schaffung wertbeständiger Vergütungsbeiträge. Der Vorschlag der Arbeitgeber besteht als Basis für die Wertbeständigkeitsbeiträge der Lebenshaltungskosten in Höhe von 30 Prozent. Die Beratungen dürften längere Zeit in Anspruch nehmen.

Paris, 24. Juli. Der belgische Ministerrat beschloß sich mit den von der englischen Regierung übermittelten Dokumenten zur Reparationsfrage. Der Brüsseler Bericht-erfasser des „Echo de Paris“ will trotz wichtiger Geheimhaltung über den Verlauf des Ministerrates folgende Thesen aufstellen in der Lage sein, die den Standpunkt des belgischen Kabinetts kennzeichnen:

1. Im englischen Entwurf sind gute Dinge neben schlechten festzustellen.
2. Die englischen Dokumente verschließen die Tür für weitere Verhandlungen nicht, im Gegenteil ermutigen sie dazu; sie sind deshalb willkommen.
3. Was die Ruhrfrage betrifft, wird Belgien sich nicht in so freier Weise an Frankreich für gefunden erachten.
4. Es muß Gelegenheit gesucht werden, Amerika an die Seite der Alliierten zu bringen. Der Gedanke, die Finanzlage Deutschlands unter unparteiischen, reinberathenden, von Amerikanern präzipierten Aufsicht zu überweisen, darf also nicht von vornherein zurückgewiesen werden.

### Französischer Kabinettsrat.

Paris, 25. Juli. Im gestrigen Kabinettsrat hat Poincare seine Kollegen über die Verhandlungen unterrichtet, die mit England und Belgien hinsichtlich der Reparationen aufgrund der englischen Dokumente geführt werden sollen. Der nächste Ministerrat soll erst am 2. August in Rambouillet stattfinden.

### Frankreich gibt nicht nach.

Paris, 24. Juli. Echo de Paris schreibt: Es sei wünschenswert, daß die englischen Regierung nur schwer vereinbar seien mit der französischen Politik vom 11. Januar. Frankreich könne nicht sagen lassen, daß die Politik hinsichtlich der Ruhrbesetzung Panzerotti gemacht habe, weil dies den Tatsachen widerspreche. Ferner könne Frankreich einen Handel nicht annehmen, der hinsichtlich des passiven Widerstandes vorgeschlagen werde.

Was den Zahlungsplan vom 5. Mai 1922 betreffe, so sei Frankreich gezwungen, ihn so lange unrecht zu erhalten, als das Damoclesschwert der englisch-amerikanischen Verhandlungen über Frankreich schwebt. Wenn man an diesen Zahlungsplan rühre, müsse man zugeben, daß Frankreichs Schulden gegenüber Amerika und England von der Regelung der Ruhrfrage abhängt. Frankreich sei bereit, von Deutschland das vorgeschlagene Zahlungssystem, das man Garantie nennt, zu prüfen, aber deshalb dürfen die Forderungen, die Frankreich in Händen habe, nicht aufgegeben werden.

Hinsichtlich des Verhaltens der belgischen Regierung sei darauf hinzuweisen, daß sie gegenüber Frankreich zwei Verpflichtungen übernommen haben: Das Ruhrgebiet nicht vor vollkommener Reparationszahlung zu räumen und nicht mit Deutschland zu verhandeln, so lange der passive Widerstand andauere. Wird die belgische Regierung sich wegen des Zahlungsplanes von Frankreich trennen? Wenn ja, die englische Politik verlor, würde die englisch-französischen Schwierigkeiten, um damit ihre eigenen Verlegenheiten zu vermehren.

### Es regt sich.

Aus dem Reichstage wird uns mitgeteilt: Innerhalb der Reichstagsparteien, und zwar von rechts bis links, ist eine erhöhte Aktivität zu beobachten. Die Ursache liegt in der trostlosen und zu den schlimmsten wirtschaftlichen, aber auch politischen Verhältnissen, welche die Finanzlage des Reiches.

Aus den Parteien heraus ist unter dem Eindruck der Stimmung im Lande in letzter Zeit wiederholt nachdrücklich bei der Reichsregierung auf den Ernst der Situation aufmerksam gemacht worden. Die Reichsregierung selber hat gewiß keinen Augenblick sich über die Gefahren der Stunde, wie sie sich aus der furchtbaren Markkatastrophe der letzten Wochen ergeben haben, einer Täuschung hingeeben. Die Rundgebung zu der Frage des Bürgerkrieges ist in dieser Beziehung nicht ernst genug zu nehmen. Aber bei allen Vorbildungen, die mit Recht der Reichsregierung wegen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftspolitik und wegen der weiteren Krisen als Sichts- und Tatenlosigkeit erschienenen Zurückhaltung in immer härteren Maße gemacht werden, darf man nicht außer Acht lassen, daß die Regierung so gut wie über gar keine Machtmittel verfügt, um den lärmenden

### Eine Ruhr-Steuer?

Von parlamentarischer Seite wird uns mitgeteilt:

In den gegenwärtigen Erörterungen der Reichsregierung spielt der auch an dieser Stelle wiederholt erörterte Plan einer Sondersteuer zur Finanzierung des Abwehrlampens an der Ruhr eine besondere Rolle. Man kann nur bedauern, daß die Finanzierung des deutsch-französischen Wirtschaftsstandes, denn um einen solchen mit allen Konsequenzen handelt es sich - erst so spät in dieser Form zur Rede steht. Es scheint, daß nicht ohne zungemeßene, der Verflechtung der Ausgaben durch unbeschränkte Forderung von Papiernoten, abzuschließen können ist. In parlamentarischen Kreisen gewinnt die Forderung nach einer Aufgabe dieser Politik von Tag zu Tag. Ueber Art und Form dieser Ruhr-

herindringenden Unheil zu wehren.

In diesen Tagen ist man aber auch innerhalb der Reichsregierung, und zwar unter Führung des Reichsfinanzministeriums zu einer größeren Aktivität übergegangen. Der Reichsfinanzminister hat Verhandlungen über die Schaffung einer inneren, jedoch mit Goldmark zu erwerbenden Anleihe eingeleitet. Man ist hierüber, daß eine beratende Maßnahme nur dann von Erfolg begleitet sein kann, wenn sie nicht isoliert für sich geschaffen wird, sondern wenn sie den Ausgangspunkt für ein eigenes System währungs- und finanzpolitischer Maßnahmen von größtem Ausmaß abgeben würde.

In dieser Richtung bewegen sich nun die Erörterungen in parlamentarischen Kreisen. Einige Parteien haben ihre Vorstandsmitglieder, die Ausschüsse, ja sogar die Fraktionen nach Berlin berufen, um die gegenwärtige Lage zu beraten. Man ist offenbar genehmigt, in härteren Maße, als das bisher der Fall war, auf die Reichsregierung einzumirken, damit sie durch Maßnahmen von sich aus der drohenden Katastrophe, soweit das überhaupt noch möglich ist, zu wehren sucht.

Keiner läßt sich gegenwärtig noch nichts fagen. Es wird die Annäherung an die bestehende Steuer, etwa durch Heranziehung der Zwangsanleihe oder auch der Anleihe auf die Eintommen- und Umsatzsteuer erwogen.

### Verdreifachung der Biersteuer. Erhöhung der Steuerabzüge.

Berlin, 24. Juli. Der Steueranschluß des Reichstages stimmte einen Teil der Sozialdemokraten der vom Reichsrat beschlossene Erhöhung der Biersteuer auf das Fünftel zu, zugleich wurden auch die Anteile an dem Biersteuern und Wabens an der Biersteuer entsprechend erhöht. Weiterhin wird der Ausschuß bei der Beratung der Abänderung des Einkommensteuergesetzes über die Steuererhöhung und die Beschaffung des Reichsraates hinaus, indem nicht das Dreifache, sondern das Vierfache der bisherigen Ab-

gabe festgesetzt wurde. Falls diese Anhebung vom Reichsrat angenommen wird, würden die Abzüge betragen: für jeden Steuerpflichtigen und der zu einer Haushaltung gehörigen Ehefrau je 24000 M. Für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind 16000 M. und zur Abgeltung der Abzüge für Werbungskosten 20000 M. im Monat.

### Die Abrüstungsdebatte im Unterhaus.

London, 24. Juli. Bei der Abrüstungsdebatte sagte Baldwin noch, England müsse der Welt beweisen, daß es wirklich meine, was es sage. Die Abrüstung sei nur möglich, wenn sich die Mächte zumutungslos, der Staatssekretär für Luftfahrt Pearce verteidigte die Aufwölchung der Regierung, in dem er ausführte: Verstärkungen durch Luftangriffe werden heute hundertmal schlimmer sein als im Kriege. Aus diesen Umständen könne es sich keine Regierung leisten, ihr Land von aller Luftverteidigung zu entblößen. Was die Abrüstung im allgemeinen betrifft, so müsse der materiellen, die moralische folgen. Der Vorschlag, an die Frage der Abrüstung durch gegenseitige Garantieverträge heranzugehen, schließt die Gefahr in sich, daß man zum alleinigen Beglück, der Grundierung von Mächten erziele, doch wäre auch diese Möglichkeit von der Regierung ohne Vorein-gemessenheit geprüft. Nach längerer Debatte ergriß Baldwin noch einmal das Wort und erklärte:

Der Traum eines allgemeinen Friedens sei schon Jahrhunderte alt, aber die Regierung glaube, daß der Versuch im gegenwärtigen Augenblick eine internationale Konferenz einzuberufen, keinen Erfolg haben würde. Bevor man an dieses Problem herantrete, müsse erst das Reparationsproblem und die Frage der Sicherheit geregelt werden. Es bestehe keine Aussicht darauf, daß Frankreich eine günstige Antwort erteile, bevor es Ergebnisse in der Frage der Sicherheit erreicht. Das erste was die Regierung tun müsse, sei das Reparationsproblem in Ordnung zu bringen.

### Schlußsitzung der Orientkonferenz.

Aufnahme, 24. Juli. Die Orientkonferenz ist heute zu Ende gegangen. In der Aula der Universität Annamie fand um 3 Uhr die feierliche Unterzeichnung des Orientfriedens statt. Von 2 Uhr ab waren durch die Polizei die nach dem Hippodromplatz führenden Straßen abgesperrt worden. Hinter der Absperrungslinie lagen Tausende von Personen der Erwartung der Delegierten zu. Kurz vor 3 Uhr füllte sich die Aula rasch. Neben den Teilnehmern der Konferenz und den dazugehörenden Journalisten waren der zweite Bundesrat Scheurer als Vertreter des Großherzogtums erschienen und viele Herren in Begleitung ihrer Damen. Um einen langen, mit rotem Tuch ausgelegten Tisch lagerten die zu unterzeichnenden Dokumente ausgebreitet. Um 3 Uhr eröffnete Bundesrat Scheurer die Sitzung und nachdem die drei türkischen Delegierten Ismed Paşa, Nuri Bai und Nica Bai die Dokumente unterzeichnet hatten, leitete für England die Unterzeichnung Sir Horace Hanmond für Frankreich General Pellat, für Italien General Montagna, für Griechenland Benizelos-Kalamanos, ferner unterzeichneten noch 1 Bole, 2 Hummer, 2 Bulgaren, 1 Belgier und 1 Portugiese im Namen ihrer Länder. Unterzeichneten hatte im letzten Augenblick die Unterzeichnung verweigert, da es an den wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen vereinbarten auszuweichen hat. Umher der 34 Artikel umfassenden Friedensurkunde, die in Paris niedergelegt wird, wurde heute unterzeichnet die Meerengenkonvention, der Handelsabkommen, der Handelsvertrag, das Amnestiegesetz, das Protokoll über die Konventionen und die Schlichtung der Konferenz. Nach der Unterzeichnungsfeier hielt Bundesrat Scheurer eine kurze Ansprache. Die Adresse der Delegationen erfolgte bereits am gestrigen Abend.